



WESTFÄLISCHE  
WILHELMS-UNIVERSITÄT  
MÜNSTER

# › Fairness und Effizienz in Verteilungskonflikten: Do Numbers Count, After All?

Annette Dufner und Bettina Schöne-Seifert



Preprints and Working  
Papers of the Centre for  
Advanced Study in Bioethics  
Münster 2012/24

## › Fairness und Effizienz in Verteilungskonflikten: Do Numbers Count, After All?

Annette Dufner und Bettina Schöne-Seifert

### 1 Einleitung

In ethischen Debatten um die faire Verteilung knapper Ressourcen, wie sie etwa aktuell in vielen Ländern für die medizinische Versorgung in unter Kostendruck geratenden solidarisch finanzierten Gesundheitssystemen geführt werden, geht es auch um sehr grundlegende Fragen. Zu diesen gehören vor allem die Fragen nach der normativen Bedeutung von Ressourcen-Effizienz in sogenannten Konflikt-Fällen (*conflict cases*), nach der Interpretation von Fairness<sup>1</sup> und gegebenenfalls nach dem Zusammenspiel von Fairness und Effizienz in der Bestimmung ethisch gebotener oder vorzugswürdiger Zuteilungen in solchen Fällen. In diesem Aufsatz wird es vor allem um die erste und ein wenig um die zweite dieser Fragen gehen und zwar genauer um die Teildebatte, die unter dem Titel „*Should the Numbers Count?*“ geführt wird. Ein Aufsatz von John Taurek mit eben diesem Titel<sup>2</sup> eröffnete 1977 eine systematische Kontroverse im ethischen Schrifttum, in deren deutschem Part insbesondere Weyma Lübke die Position vertritt, die Anzahl der Betroffenen sei in Konfliktfällen prinzipiell irrelevant. Dieser Aufsatz ist vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit einigen der von ihr vertretenen Thesen, deren systematische Bedeutung in ihnen wie in unseren Augen groß ist.

1 Der Fairness-Begriff und damit auch das normative Fairness-Prinzip erweisen sich in diesen Debatten einmal mehr als eminent interpretationsoffen. Auch Wir verwenden Fairness daher bis zum Abschnitt 6 bewußt als einen *Umbrella*-Begriff, der etliche konkurrierende Lesarten zulässt. Eine der möglichen Lesarten von Verteilungs-Fairness ist auch die klassisch-utilitaristische Auffassung der Distributions-Neutralität, die etwa Derek Parfit explizit als fair bezeichnet. Die in Verteilungsdebatten übliche Gegenüberstellung von Fairness und Effizienz suggeriert, dass Fairness notwendigerweise über Distributionsneutralität (wie sie vom Effizienzkriterium impliziert wird) *hinaus* geht – eine Auffassung, der wir uns aber noch gar nicht anschließen möchten.

2 John Taurek 1977.

Konflikt-Fälle im technischen Sinne werden solche Fälle genannt, in denen unterschiedliche potentielle Nutznießer oder Nutznießergruppen um knappe Ressourcen konkurrieren. Die konkurrierenden Parteien können dabei zum einen allein in ihrer Anzahl divergieren. Eine Veranschaulichung hierfür ist der von Taurek ins Feld geführte klassische Fall, in dem mittels eines knappen Medikaments entweder David oder fünf andere Personen gerettet werden könnten. Die in Konflikt-Fällen konkurrierenden Parteien können aber auch allein hinsichtlich des für sie erwartbaren Nutzens (in Qualität oder Quantität) divergieren. Eine Veranschaulichung hierfür wäre ein Fall, in dem ein einziges verfügbares Organtransplantat entweder zur Rettung einer Patientin mit einer restlichen Lebenserwartung von fünf Jahren oder zur Rettung einer anderen Patientin mit einer restlichen Lebenserwartung von 20 Jahren verwendet werden kann. Die komplexesten Fälle schließlich betreffen konkurrierende Parteien, die sich hinsichtlich beider Variablen, Personenanzahl *und* Nutzenerwartung, unterscheiden.

In allen drei Konstellationen geht es also um Alternativen mit unterschiedlicher Ressourcen-Effizienz im interpersonellen Vergleich – sei es bei unterschiedlichen Personenzahlen oder bei unterschiedlichen Nutzengrößen. Wir werden uns im Folgenden, wie Taurek und Lübbe selbst, in erster Linie mit der Frage der normativen Relevanz interpersoneller aggregierender Effizienzvergleiche bei konkurrierenden Parteien mit unterschiedlicher Personenanzahl befassen und die mit interpersonellen Nutzendifferenzen zusammenhängenden Probleme an dieser Stelle weitgehend ausblenden.

Unser paradigmatisches Szenario ist damit Taureks Originalfall David, für den – in Einklang mit Taurek und Lübbe – zur Reduzierung möglicher ethischer Komplexität noch einige Voraussetzungen gemacht werden sollen: So sei angenommen, dass jeder der sechs Patienten gerettet werden möchte und danach vermutlich<sup>3</sup> lange und gesund weiterleben könnte. Weiterhin sollen zwischen den Sechsen keine ethisch relevanten Unterschiede bestehen, die eine Bevorzugung oder Benachteiligung rechtfertigen könnten. Es sollen auch keine normierenden *ex ante* Regelungen getroffen worden sein, welche die Erwartungen oder Pflichten der Betroffenen bestimmen könnten, und niemand unter den Betroffenen soll ein Amt innehaben, das irgendwelche, für den vorliegenden Fall relevanten Verpflichtungen mit sich bringen könnte.

Taurek und Lübbe sehen für dieses Szenario die einzig ethisch vertretbare Entscheidung im Werfen einer Münze. Damit möchten sie allen betroffenen Individuen eine gleich hohe Überlebenschance einräumen. Tatsächlich hat beim Münzwurf jede der beiden Parteien und somit jede Einzelperson eine Überlebenschance von 50 Prozent. Zugleich sind Taurek und Lübbe der Meinung, dass die Differenz in der Anzahl der Rettbaren moralisch irrelevant sein müsse. Ist das plausibel?

## **2 Zwei Lesarten von „gut“: nützlich versus moralisch richtig**

Für wen, so fragen Taurek und Lübbe, solle es denn besser sein, wenn statt David die fünf anderen Personen gerettet würden? Für jeden einzelnen aus der Fünfer-Gruppe sei die Rettung seines eigenen Lebens erheblich besser als zu sterben. Aber für niemanden sei es fünffach besser, wenn die größere Gruppe statt der kleineren gerettet werde. Daher sei es – negativ formuliert –

3 In diesem Aufsatz gehen wir immer von erwartbaren, nicht von faktisch eingetretenen Handlungsfolgen (*outcomes*) aus, wie das bei Folgenbetrachtungen in der Ethik ganz überwiegend getan wird. Die Entscheidung, David zu retten, wird also (ggf.) dadurch richtig, dass die Rettung erwartbar erfolgreich ist – auch wenn sie sich *ex post* als nicht realisierbar erweist.

auch für niemanden *schlechter*, die Rettung der größeren Zahl zu unterlassen, und somit auch insgesamt betrachtet nicht *schlechter*, David statt der fünf anderen zu retten. Diese These heißt in der Debatte auch der No-Worse-Claim.<sup>4</sup>

Taurek und Lübbe begründen diese These mit dem Argument, Nutzen- oder Schadenzuschreibungen<sup>5</sup> müssten immer personenrelativ erfolgen. Der Wechsel hin zu einer personenübergreifend aggregierten Nutzen- oder Schadensbetrachtung sei hingegen unplausibel oder unlauter. Entweder nämlich führe er unter der Hand eine Über-Person ein, für welche der aggregierte Nutzen personenrelativ besser sei als der Verzicht auf ihn.<sup>6</sup> Oder er sitze der unzulässigen Äquivokation eines personenrelativen und eines unpersönlichen Nutzenbegriffs auf, von denen nur der erstgenannte sinnvoll gebraucht werden könne. Denn der aggregierte Nutzen der Rettung von fünf Personen sei ein unpersönlicher Nutzen, den keine konkrete Person individuell erfahren könne. Oder anders ausgedrückt: Gegner des No-Worse-Claims verwechseln laut Taurek und Lübbe im David-Fall *losses „to“ someone* mit *losses „of“ someone*.<sup>7</sup> Die Rede vom *Verlust von fünf Leben* sei aber gerade nicht gleichbedeutend mit dem *Verlust des Lebens für jemanden*. Der *Verlust von fünf Leben* sei kein Verlust *für* irgendjemanden.

In der Tat wären weder die Einführung einer metaphysischen Superperson noch der Äquivokationsfehler akzeptabel.<sup>8</sup> Letzteren könnte man auch als eine Art moralischen Rechenfehler explizieren, demzufolge aus „Nutzen-für-Dich plus Nutzen-für-mich gleich Doppel-Nutzen“ würde. Aber es gibt offenkundig einen dritten Weg zur Rechtfertigung der These, dass interpersonal aufaddierter Nutzen ethisch zu Buche schlagen soll – ein Weg, den Lübbe und Taurek allerdings von Anfang an zu versperren scheinen. Er besteht darin, der Realisierung eines personenrelativen Nutzens zugleich einen moralischen Wert zuzuschreiben. Dieser ethischen Norm zufolge ist es *prima facie* moralisch gut oder richtig, etwas zu tun, das signifikanten Nutzen *für jemanden* realisiert. Dabei meint *prima facie* hier: in der Regel, im Normalfall (*default*), wenn nicht andere ethisch relevante Aspekte und damit konfligierende Prinzipien konterkarierend hinzukommen. Diese *Prima facie*-These aber scheint zwischen Lübbe und uns fundamental strittig. Inwiefern und warum? Beginnen wir unsere Überlegungen mit drei simplen Beispielen:

**Samariter 1:** Ein wohlhabender Autofahrer kommt in eiskalter Winternacht auf einer einsamen Landstraße an einem Radfahrer vorbei, der frierend und sich vor Schmerzen krümmend am Straßengraben sitzt. Der Autofahrer lädt den wimmernden Mann mitsamt Fahrrad in seinen kleinen Lieferwagen und bringt ihn in das Ärztehaus der nächsten Kleinstadt, wo der Verdacht auf einen Blinddarmdurchbruch gestellt wird.

**Samariter 2:** Alles verhält sich wie im ersten Beispiel, nur lädt der Autofahrer unterwegs noch eine frierende Fußgängerin in seinen Wagen, hüllt sie in eine Wolldecke

4 Vgl. Kamm 1993, S. 75ff; Lübbe 2008.

5 Wir unterscheiden in diesem Aufsatz begrifflich nicht zwischen der Realisierung eines Nutzens und der Nichtrealisierung eines Schadens (sei es als Schadensbehebung, -vermeidung oder -vorbeugung), auch wenn uns bewusst ist, dass eine solche Differenzierung terminologisch wie systematisch wichtig sein kann. Davids Rettung wird also von uns als „Nutzenrealisierung“ bezeichnet.

6 Die metaphysische Option wird manchmal nahegelegt, ohne wohl eigentlich gemeint zu sein: etwa wenn Sidgwick vom aggregierten Nutzen „vom Standpunkt (wenn ich so sagen darf) des Universums aus“ schreibt (Sidgwick 1907, S. 382).

7 Lübbe (2005a, S.107) zitiert affirmativ Taurek 1977, S. 307.

8 Vgl. dazu die kluge knappe Zurückweisung durch Norcross 2008, S. 77–79.

und gibt ihr heißen Tee, den er in einer Thermoskanne im Wagen hat, und bringt sie nach Hause, nachdem er den Kranken im Ärztehaus abgeliefert hat.

**Samariter 3:** Alles verhält sich wie im vorangehenden Beispiel, nur fragt der Autofahrer zudem nach, ob der Radfahrer Geld und ein Handy bei sich habe, um sich gegebenenfalls weiterhelfen zu können. Als dieser verneint, schenkt er ihm 50 Euro und ein preiswertes Karten-Handy, von denen er immer zwei als Ersatz für Notfälle bei sich hat.

In allen drei Beispielen, so scheint uns intuitiv eindeutig, tut der Autofahrer-Samariter aus dezidiert moralischer Perspektive etwas Gutes, indem er einen signifikant großen Nutzen *für jemanden* realisiert. Dabei handelt er in Beispiel 2 noch besser als in Beispiel 1, weil hier einer zweiten Person zusätzlich zur ersten geholfen wird, ohne dadurch den Nutzen der ersten Person zu tangieren (ein Fall von konkurrenzfreier<sup>9</sup> Pareto-Verbesserung). Und in Beispiel 3 verhält er sich dem Radfahrer gegenüber noch besser, weil er ihm zusätzliche materiale Hilfe angedeihen lässt. In beiden Fällen macht Nutzenaggregation (pareto-additiv oder intrapersonal) durchaus Sinn und steigt der moralische Wert der Handlung mit wachsender Nutzensumme. Lassen wir, schon in Ermangelung weiterer Kontextdetails, offen, ob der Samariter in Beispiel 2 und Beispiel 3 anders hätte handeln dürfen. Jedenfalls in Beispiel 1 erwarten wir in moralischer Hinsicht *prima facie*, dass der Samariter so handelt, wie er es tut.<sup>10</sup>

Nun ist allerdings die Frage nach dem moralisch richtigen Verhalten in allen drei Samariterbeispielen unbeschattet von jeder Trade-off-Problematik, die erst dann ins Spiel kommt, wenn es zwischen Personen Konkurrenz um nützliche Ressourcen gibt (Konfliktfälle im oben erläuterten Sinne). In Same-Persons-Fällen oder in konkurrenzfreien Pareto-Fällen fällt genau dieser Aspekt offenkundig weg. Kommt er hinzu, treten Fairness-Fragen auf, die Taurek und Lübke mit Verweis auf die Achtung (*concern*) vor den betroffenen Personen, unter Umständen mit Verweis auf ihre Ansprüche (*claims*) lösen wollen (dazu weiter unten mehr). Nehmen wir an, unser simples Samariterbeispiel würde durch eine hinzu kommende konkurrierende Hilfspflicht (etwa gegenüber der Frau des Autofahrers, die dieser gerade ins Krankenhaus zur Entbindung bringen will) zu einem komplexen Konkurrenz-Fall. Ohne Frage müssten dann Fairness-Überlegungen hinzu kommen, um die erforderlichen Trade-offs moralisch richtig zu handhaben. Aber macht diese Überlegung nicht klar, dass der moralische Wert der Nutzenrealisierung gewissermaßen primär ist und Ansprüche (zur Regulierung von Trade-offs oder Befriedung von Konkurrenz) erst sekundär hinzu treten?

Wir jedenfalls sehen das Anerkennen von *Ansprüchen* oder *Anrechten* (auf nützliche Ressourcen) als ein Instrument, das der Regulierung von Trade-offs bei konkurrierenden Hilfspflichten dienen soll. Daraus aber folgt Zweierlei: Erstens kann die moralische Right-Making-Feature

9 Die Unterscheidung zwischen konkurrenzfreien und konkurrenzhaften Pareto-Verbesserungen (die in der Literatur, weniger plakativ, als Unterscheidung zwischen einer einzigen und mehreren pareto-verbessernden Optionen definiert wird) ist systematisch wichtig: In konkurrenzfreien Pareto-Fällen wird ein Zusatznutzen für (mindestens) einen der Betroffenen realisiert, um den die anderen Betroffenen aufgrund der Kontextkonstellation gar nicht konkurrieren können (wie in Samariter 2). In konkurrenzhaften Pareto-Fällen würden mindestens zwei der Betroffenen um den Zusatznutzen konkurrieren, so dass bei *dieser* Zuteilung Fairnessfragen aufgeworfen werden (wie in unserem Gummibärchen-Beispiel unten).

10 Je nach bevorzugter Terminologie und Konzeptionalisierung wird man sagen, der Samariter habe eine Prima facie-Verpflichtung zu helfen (d. h. die Verpflichtung könnte entfallen, wenn der Autofahrer etwa noch dringendere Pflichten hätte), das Nutzenpotential der Hilfeleistung sei eine *Right-Making-Feature* oder die Hilfsbedürftigkeit des Radfahrers bestimme das Sollen (*ought*) des Autofahrer-Verhaltens.

der simplen Hilfe-Szenarios, die an der Realisierung signifikanter Nutzen für jemanden hängt, nicht einfach verschwinden, wenn die Szenarios sich zu Konkurrenzsituationen entwickeln. Und zweitens macht die Rede vom *prima facie* höheren moralischen Wert (Gutsein, Richtigsein) von Handlungen, die aggregiert mehr Nutzen *für* jemanden realisieren als ihre Alternativen, in Same-Persons-Fällen und in konkurrenzfreien Pareto-Verbesserungsfällen durchaus Sinn und leuchtet zudem intuitiv ein.

Lübbe dagegen konzidiert an keiner Stelle den moralischen Wert signifikant nützlicher Handlungen<sup>11</sup>, sondern geht in ihren beispielhaften oder theoretischen Überlegungen von vornherein von Ansprüchen (z. B. auf Rettungschancen) aus. Da es gerade für die paradigmatischen Kontexte der Seenotrettung oder der Gesundheitsversorgung (besonders?) in Deutschland durchaus üblich ist, neben zum Teil bestehenden juristischen auch moralische Ansprüche auf Hilfe einzuräumen, wirkt die Rede von Ansprüchen vielleicht einigermäßen selbstverständlich. Aber in einfachen Hilfs-Szenarien wie unseren Samariterbeispielen wird deutlich, dass die primäre statt sekundäre Einführung von Ansprüchen das Pferd gewissermaßen von hinten aufzäumt. Und es wird die Plausibilität der moralischen Relevanz von Nutzenaggregation zumindest in einfachen Fällen schlicht überdeckt.

### 3 Der No-Worse-Claim: Lübbe contra Kamm

Auch Frances Kamm hat Taurek entgegen gehalten, seine These von der moralischen Irrelevanz der Anzahlen in Konfliktfällen sei nicht damit vereinbar, dass er selbst die Realisierung von mehr Nutzen in Pareto-Fällen als moralisch besser anerkenne. Dieses Kamm'sche "Aggregations-Argument" hat Weyma Lübbe in einem eigenen Aufsatz zurückgewiesen<sup>12</sup>. An dieser Zurückweisung lässt sich vielleicht genauer ausmachen, wo der Dissens zwischen uns liegt.<sup>13</sup>

Lübbes exakte und kleinschrittige Ausführungen laufen, wenn wir es richtig verstehen, auf folgende Argumentation hinaus. Aus der Befürwortung von Pareto-Verbesserungen (Prämisse 1: Es ist besser, Peter *und* Mary zu retten als nur Peter allein) und einer vermeintlich unstrittigen Unparteilichkeitsthese (Prämisse 2: Es ist moralisch gleichwertig, ob allein Peter oder allein David gerettet wird) könne – *contra* Kamm – aus zwei Gründen *nicht* auf die moralische Relevanz von Anzahlen in Konfliktfällen geschlossen werden (Konklusion: Es ist besser, Peter und Mary zu retten als nur David allein).

**Prämisse 1:** Es ist besser, Peter *und* Mary zu retten als nur Peter allein.

**Prämisse 2:** Es ist moralisch gleichwertig, ob allein Peter oder allein David gerettet wird.

**Konklusion:** Es ist besser, Peter und Mary zu retten als nur David allein.

Der erste Grund besteht für Lübbe darin, dass die Vorzugswürdigkeit der Pareto-Verbesserung gerade nicht in der vergleichenden moralischen Evaluation ihrer Ergebnisse (Rettung von Mary *und* Peter ist besser als Rettung von Peter) liege. Ergebnisse könnten überhaupt nur aus der Perspektive der Betroffenen bewertet werden (Rettung von Mary ist gut *für* Mary). Der un-

11 Das "Worse" im No-Worse-Claim wird also von ihr als (unsinniges) "Nützlichkeits-Worse" verstanden, nicht als "Richtigkeits-Worse", als das wir und andere es lesen.

12 Lübbe 2008.

13 Mit Kamms eigener Position setzen wir uns in diesem Paper nicht auseinander. Wir klären also nicht, ob Lübbe Kamm gerecht wird und wo die Differenzen zwischen Kamm und uns liegen.

parteiliche Beobachter könne wohl den personenrelativen Nutzen für Mary konstatieren, dem Ergebnis aber keinen unabhängigen moralischen Wert zuschreiben, denn Ergebnisse (*states of affairs*) seien – anders als Handlungen (*choices*) – gar kein möglicher Gegenstand moralischer Bewertungen. In Lübbes eigenen Worten:

(...) an impartial observer, a Taurekian one (...) would not, of course, answer that E is the better choice because it brings about the better state of affairs. The view that “better, period” judgments evaluate choices, not states of affairs, thus does not deny that states of affairs can be evaluated, too. It only denies that states of affairs can be evaluated without indicating whose good one is speaking of. This is what Taurek insisted on when he made the No Worse Claim.<sup>14</sup>

In dieser zentralen Passage geht es also darum, *was* im Kontext von Verteilungsentscheidungen *wie* bewertet werden kann und soll. Lübbe will zum einen moralische Bewertungen auf Handlungen (*choices*) und nicht auf Handlungsergebnisse (*states of affairs*) bezogen wissen. Dem stimmen wir zu. Zum zweiten will sie die Nützlichkeit von Handlungsergebnissen strikt personenrelativ bewertet wissen. Auch das ist einleuchtend. Drittens aber kappt sie implizit jede Verbindung zwischen dem moralischen Wert einer Handlung und dem durch sie realisierten (personenrelativen) Nutzen. Dem stimmen wir dezidiert nicht zu. Anders als Weyma Lübbe sind wir der Überzeugung, dass pareto-bessere Handlungen ihren moralischen Mehrwert gegenüber ihrer Unterlassung eben sehr wohl daher beziehen, dass sie zusätzlichen personenrelativen Nutzen (im obigen Fall *für* Mary) realisieren. Lübbe mag das einfach bestreiten, aber sie bleibt in unseren Augen die Erklärung dafür schuldig, *warum denn sonst* Handlungen, die (mehr) signifikanten Nutzen für andere realisieren als ihre Unterlassungen, *prima facie* ethisch richtig oder geboten sind. Warum sonst sollte jemand altruistisch handeln? Kann es überhaupt irgendeine Begründung für Hilfspflichten in *ex ante* regelungsfreien Kontexten geben, die sich nicht in irgendeiner Form dieser Überlegung bedient? Bleibt man nicht die Begründung für jegliche Hilfspflichten schuldig, solange man sich diesem Gedanken gegenüber vollständig versperrt?

Der zweite Grund, warum das Aggregations-Argument nicht funktioniert, liegt nach Lübbe darin, dass die vermeintlich unstrittige zweite obige Prämisse (es ist moralisch gleichwertig, ob allein Peter oder allein David gerettet wird) in ihrer Allgemeinheit falsch sei. Gleichwertig seien diese Alternativen nämlich nur dann, wenn sie gleichermaßen mit oder gleichermaßen ohne die Verletzung von Fairness gegenüber den betroffenen Personen realisiert werden könnten. Das aber lasse sich den „nackten“ Ergebnissen nicht ansehen. Und in der Tat: Zur Rettung von Peter allein gibt es im Kamm-Beispiel die (fairness-neutrale) pareto-bessere Alternative, Peter *und* Mary zu retten. Die Rettung von David allein ist hingegen eine der Alternativen in einem Konfliktfall, der nach Lübbes und vieler anderer Autoren Sicht nur dann ohne Verletzung von Fairness gegenüber den betroffenen Personen gehandhabt wird, wenn man ihnen allen Chancengleichheit auf Rettung einräumt.

Wie genau hängen die beiden skizzierten Argumente Lübbes miteinander zusammen? Das erste soll erweisen, dass personenrelative Nützlichkeit bereits bei der moralischen Bewertung von Pareto-Verbesserungen bedeutungslos ist. Würde dies einleuchten – was wir bestritten haben – wäre das Aggregations-Argument von Kamm bereits abgewiesen, weil die erste Prämisse ein personenrelatives „besser“ enthält, von dem nicht auf das moralisch wertende „besser“ der

14 Lübbe 2008, S.75.

Konklusion geschlossen werden dürfte. Hier wäre dann also der Äquivokationsfehler decouviert worden, von dem anfänglich die Rede war. Nach unserem Verständnis aber ist Prämisse 1 (es ist besser, Peter *und* Mary zu retten als nur Peter allein) eine Aussage über den moralischen Wert der Doppelrettung, der an der vergleichsweise doppelten Nützlichkeit dieser Handlung hängt.

Das zweite Argument soll die Disanalogie von Pareto- und Konfliktfällen zeigen und damit die Prämisse 2 entkräften. Hier stimmen wir mit Lübbe und gegen Kamm: Interpersonelle Nutzenaggregation in Konflikt-Fällen kann keineswegs als moralisch ebenso unproblematisch beglaubigt werden wie in einfachen Pareto-Fällen, weil mit dem Konflikt-Szenario Fairness-Fragen aufgeworfen werden, die in den Pareto-Fällen fehlen. Damit wäre folgendes Zwischenfazit zu ziehen: In allen Konfliktfällen scheint interpersonelle Nutzenaggregation schon aus Konsistenzgründen (Bewertung von Same-Persons- und von Pareto-Fällen) durchaus nicht moralisch irrelevant zu sein. Damit aber ist über die für Konflikt-Fälle typischen Fairness-Fragen noch nichts gesagt: weder darüber, ob Fairness tatsächlich unabhängige moralische Dignität hat, noch darüber, wie sie zu präzisieren ist, noch darüber, ob sie Effizienz-Aspekten evaluativ vorgeordnet werden soll. Um diese drei Fragen geht es in den folgenden Abschnitten.

#### 4 Distributionsneutralität und Fairness

Manche Varianten des ethischen Konsequentialismus – zu denen auch der klassische Utilitarismus zählt – verstehen das Fairness-Gebot so, dass das Wohlergehen aller Betroffenen *gleich* wichtig genommen werden muss. Erst danach urteilen sie primär distributionsneutral, das heißt, sie beurteilen Fragen der Ergebnis- oder Chancenverteilung nur insofern als ethisch relevant, als sie sich auf das Wohlergehen der Betroffenen auswirken. Zwar schlägt Ungleichheit, die das Wohlergehen beeinflusst, indirekt ebenso zu Buche wie die empirische Erfahrung vom abnehmenden Grenznutzen von Ressourcen-Zuteilungen. Doch sobald alle indirekten Effekte für alle Personen gleichermaßen „eingerechnet“ sind (was in konkreten Kontexten immer nur sehr approximativ möglich sein wird), spielt Fairness keine eigene Rolle mehr. Bentham und Mill und neuerlich etwa Derek Parfit haben diese Position vertreten, für die die Verpflichtung auf *gleiche* Achtung aller also nur an einer einzigen, allerdings fundamental wichtigen Stelle eine direkte Bedeutung hat. Achtung besteht für sie in der unparteilichen gleichen Berücksichtigung aller Betroffenen, gemäß dem klassischen Postulat „*everybody to count for one and nobody for more than one*“.

Selbst wer diese Auffassung teilt, wird allerdings bei der Beurteilung praktischer und konkreter Ressourcen-Zuteilungen kaum strikt distributionsneutral bleiben können. Denn erstens wird die ‚Radikalauffassung‘ von ihren Verfechtern lediglich auf der Ebene der Idealnomen<sup>15</sup> (des *critical thinking* in Hare’s Terminologie) vertreten, während auf der Ebene der Praxisnormen die erwartbaren indirekten Effekte von Ungleichheit zu berücksichtigen sind. Zweitens ist die Radikalauffassung einer *holistischen* Betrachtung des Wohlergehens verpflichtet. Sie muss also die erwartbaren negativen Auswirkungen kontextspezifischer Ungleichheits-Normen auf das Wohl der Betroffenen in jeder Hinsicht ins Auge fassen. Beispielsweise wären bei der Zuteilung knapper medizinischer Ressourcen nicht nur die erwartbare Überlebenszeit und die Gesundheit der konkurrierenden Empfänger relevant, sondern auch die Auswirkungen von Verteilungen und Verteilungsnormen auf das Selbstwertgefühl der konkret Benachteiligten,

15 Vgl. Birnbacher 1988.



auf Gerechtigkeitsgefühl, Unparteilichkeitshaltungen oder Sicherheitserwartungen der Bürger im Allgemeinen und auf die nachteiligen Folgewirkungen entsprechender Defizite. Damit gibt es zumindest in praktischen und kontextuellen ethischen Normierungs- und Bewertungsfragen ein ganzes Bündel von negativen Folgevermutungen für distributionsneutrale Beurteilungen – so dass Fairness selbst von der Warte der konsequentialistischen Radikalposition aus als ein von medizinischer Effizienz *unabhängiger* Wert zu betrachten wäre.

Über Präzisierung und Gewichtung von Fairness-Geboten sowie über deren Kompatibilisierung mit Effizienzüberlegungen ist damit allerdings noch fast nichts gesagt. Völlig unplausibel erscheint uns lediglich die Option, Effizienz Aspekte den Fairness-Aspekten lexikalisch vorzuordnen, so dass letztere erst nach Ausschöpfung aller Effizienzreserven ins Spiel kämen. Denn damit würde man die skizzierten positiven Konsequenzen von distributionssensitiven Praxisregelungen in Gänze verlieren. Eine solche Option (von zwei gleich-effizienten Verteilungsalternativen ist die fairere moralisch besser) hätte allen Fairness-Appeal verloren und hätte zudem wenig Anwendungsreichweite in praktischen Kontexten.

## 5 Vorordnung von Fairness oder Effizienz

Wenn Taurek und Lübbe im David-Fall das Fairness-Gebot „gleiche Achtung aller betroffenen Personen“ mittels Rekurs auf das Prinzip der Chancengleichheit konkretisieren und daher für Münzwurf<sup>16</sup> plädieren, betrachten sie das damit statistisch einhergehende Effizienz- oder Nutzenopfer (mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit vier Todesfälle mehr als bei der alternativen Zuteilungsentscheidung) wie ausgeführt als moralisch *gänzlich* irrelevant. Doch auch mit einer etwas anderen Argumentation könnten sie im Ergebnis für Münzwurf plädieren: dann nämlich, wenn sie (uns einen Schritt entgegen kommend) Effizienz moralisch zwar nicht vollkommen irrelevant fänden, Fairness aber in jedem Falle moralisch vorordnen würden. Vorordnung kann zum einen in einer erheblich höheren Gewichtung von Fairness gegenüber konfligierenden Moralprinzipien bestehen oder sogar in sogenannter lexikalischer Vorordnung, bei der erst dem vorgeordneten Prinzip vollständig Genüge getan werden muss, bevor die nachgeordneten Prinzipien beachtet werden.

Ein Problem solcher Vorordnungen besteht darin, dass sie die Verpflichtung zu Opfern jeglicher Größe in den nachgeordneten Bereichen generieren können. Wird zum Beispiel nutzenmaximierende Effizienz immer sehr stark oder sogar lexikalisch vorgeordnet, kann das in Konfliktfällen Fairness-Opfer jeglichen Ausmaßes mit sich bringen. Umgekehrt gilt das gleiche: Wird Fairness immer stark oder sogar lexikalisch vorgeordnet, so kann dies zu Nutzenopfern jeglicher Größenordnung führen. Beispielhaft: Wenn man knappe Organtransplantate vorgeordnet nach Maßgabe der dadurch erwartbaren Überlebenszeit (Effizienz) zuteilte, hätten ältere Patienten gegenüber auch nur etwas jüngeren Konkurrenten *ceteris paribus* keinerlei Chance auf eine Transplantat. Viele Kritiker fänden dieses Resultat moralisch falsch. Umgekehrt resultierten aus der Vorordnung von Fairness etwa in David-Rettungsfällen potentiell riesige Effizienzopfer, weil damit in Kauf genommen würde, nur eine statt fünf oder fünftausend oder auch fünf Millionen Personen zu retten.

16 Zwar klingt Taureks Terminologie vom Münzwurf zunächst arbiträr, aber tatsächlich ist der Münzwurf oder ein ähnliches Verfahren, das eine Zufallsentscheidung generiert, die einzige Möglichkeit, den beiden Parteien eine gleich große Überlebenschance einzuräumen.

## 6 Ergebnisgleichheit und Levelling-Down

Besondere Aufmerksamkeit in der Diskussion und einen eigenen Namen haben die beschriebenen Vorordnungs-Effekte erhalten, wenn es sich bei dem vorgeordneten Fairness-Prinzip um die Realisierung möglichst weitgehender Ergebnisgleichheit handelt. Dieses Prinzip verlangt, bei der Distribution von Ressourcen oder anderweitigen Nutzeneinheiten Gleichverteilung anzustreben. Damit werden auf Seiten der (sonst) Bessergestellten Nutzenopfer moralisch legitimiert, die zwar keinem der anderen Betroffenen zugute kommen, aber im Ergebnis Ungleichverteilung verhindern oder verringern. Dieses egalisierende „Herunternivellieren“, das sogenannte Levelling-Down<sup>17</sup> würde etwa in extremer Ausprägung realisiert, wenn man einem von zwei Patienten eine mögliche Heilung vorenthielte, nur damit er am Ende nicht gesünder wäre als sein unheilbar kranker Kumpel. Oder wenn man den Ausbruch einer Krankheit beim ersten Patienten deshalb begrüßte, weil er dann ebenso mies ,dran wäre wie der bereits erkrankte Kumpel.

Der prinzipielle Standardeinwand gegen solches Levelling-Down richtet sich gegen das Erbringen von Nutzenopfern, die – anders als bei Umverteilungen – buchstäblich niemandem nützen. Spätestens auf den zweiten Blick wird zudem klar, dass die Ablehnung von Levelling-Down auch als Befürwortung von Pareto-Verbesserungen (beide sind immer auf Same-Persons-Fälle bezogen) beschrieben werden kann. Umgekehrt kommt die Befürwortung von Levelling-Down einer Ablehnung von Pareto-Verbesserungen gleich: Im ersten Fall (Ablehnung von Levelling-Down) lehnt man egalisierende Nutzenopfer ab, im zweiten Falle (Befürwortung von Levelling-Down) gutiert man sie.

So gesehen ist es auch keineswegs erstaunlich, dass Weyma Lübke Levelling-Down ebenso ablehnt, wie sie konkurrenzlose Pareto-Verbesserungen befürwortet. Ihre ausdrückliche Ablehnung von Levelling-Down führt sie dort an, wo es ihr darum geht, die moralische Irrelevanz möglicher Gleichheit von Verteilungsergebnissen (im Gegensatz zur Gleichheit von Chancen) zu begründen. Unter Verweis auf den schon skizzierten Fall der sukzessiven Erkrankung von zwei Personen argumentiert sie, es sei abwegig die Erkrankung der zweiten Person zu begrüßen, nur weil damit wieder Gleichheit unter den beiden hergestellt ist.<sup>18</sup> „Niemand“, so kommentiert sie den Fall, „bewertet Gleichheit als etwas Gutes, wenn sie durch eine Angleichung nach unten zustande kommt.“<sup>19</sup> Hieraus folgt ihres Erachtens dann die These, „dass man größere Gleichheit von Wohlfahrtsniveaus nicht als ein *eo ipso* wünschenswertes Merkmal von Verteilungszuständen auffassen kann.“<sup>20</sup>

Diese letztere Auffassung muss man nicht teilen. So lässt sich die sehr allgemein formulierte Feststellung, niemand bewerte Gleichheit als etwas Gutes, wenn sie durch eine Angleichung nach unten zustande kommt, nach unserer Auffassung nicht in allen Kontexten halten. Wenn man beispielsweise auf einem Kindergeburtstag zehn Kinder zu Gast und elf Gummibärchen zu verteilen hätte, so fänden wir es nicht problematisch, das elfte Gummibärchen in der Tüte zu lassen. Vielleicht ist Gleichverteilung hier als gewichtiger anzusehen als das kleine Gummibärchen-Opfer bzw. als das relativ triviale Herunternivellieren des Gummibärchen-Gesamt-

17 Parfit 1979, S. 211ff. Eine besonders interessante und etwas neuere Zusammenstellung der Zusammenhänge zwischen der Behauptung der in Konfliktfällen relevante Nutzen müsse immer personenrelativ sein und dem Levelling-Down-Einwand bietet Temkin 2000.

18 Lübke 2005, S. 111f.

19 Ebd.

20 Ebd.

Niveaus. Daher kann man durchaus der Auffassung sein, Herunternivellieren (oder anders ausgedrückt: der Verzicht auf konkurrenzhaftere Pareto-Verbesserungen) sei dann nicht unbedingt problematisch, wenn die dadurch verursachten individuellen Nutzenopfer insignifikant sind. Mit dieser Einschränkung jedoch schließen wir uns der Levelling-Down-Kritik im Kontext von Ergebnisgleichheit an: Wir sollten es durchaus nicht begrüßen, wenn eine zweite Person *ernsthaft* krank wird oder bleibt, nur weil dann wieder Gleichheit mit Person 1 hergestellt ist.

Doch kann man die Lübbe'sche Position zum Levelling-Down noch weiter problematisieren. Entscheidend ist ja, *warum* dieses Herunternivellieren – sei es generell oder mit der von uns gemachten Einschränkung – abzulehnen ist. Während der Standardevinwand auf die niemandem dienlichen Nutzenopfer verweist, kann Lübbe sich vom Argument der (in ihren Augen moralisch irrelevanten) Nutzenopfer offenkundig nicht beeindrucken lassen. Vielmehr scheint sie das Herunternivellieren auf dem Boden der vorgängigen Überzeugung abzulehnen, Gleichheit von Verteilungsergebnissen sei *eo ipso* moralisch irrelevant.<sup>21</sup> Wir fragen uns daher, ob hier nicht eine unbefriedigende zirkuläre Argumentation verfolgt wird: Levelling-Down kann nur noch mit dem Verweis auf die moralische Bedeutungslosigkeit von Gleichverteilung abgelehnt werden, während diese Bedeutungslosigkeit sich zugleich durch die Unplausibilität von Levelling-Down erweisen soll. Aussichtsreich erscheint uns eine dezidiert ethische Ablehnung von Levelling-Down aber nur dann, wenn man die Herbeiführung signifikanter individueller Nutzenopfer, die keinem der Betroffenen nützen, moralisch unrichtig findet: dieselbe These, die wir in Abschnitt 3 bei der Diskussion von Pareto-Verbesserungen vertreten haben.

## 7 Chancengleichheit und „erweiterteter“ Levelling-Down-Einwand

Und noch ein weiteres Problem sehen wir bei Weyma Lübbes Ablehnung von Levelling-Down: Um im Ergebnis den David-Fall per Münzwurf zu entscheiden, reicht das Postulat der Chancengleichheit nicht aus. Ein extremes Beispiel im Kontext des klassischen David-Falls wäre der Vorschlag, gar niemanden zu retten, um alle gleich schlecht zu behandeln. John Broome etwa konzidiert<sup>22</sup>, dass diese Lösung in der Tat die fairste aller Optionen, jedoch insgesamt – eben wegen des damit einhergehenden Herunternivellierens – nicht die moralisch richtige Handlung sei.

Das Sterbenlassen aller Betroffenen als die fairste aller Optionen zu sehen, ist nicht völlig abwegig. Denn schließlich wäre dies die einzige Option, in der gleich zwei Gleichheitsprinzipien befriedigt werden: das Prinzip der Chancengleichheit und das Prinzip der Gleichheit von Verteilungsergebnissen.<sup>23</sup> Indem wir uns dafür entscheiden, alle sterben zu lassen, geben wir keinem der Betroffenen eine größere Überlebenschance als irgendeinem anderen. Darüber hinaus sorgen wir mit dieser Entscheidung dafür, dass am Ende bei der Verteilung der möglichen Vor- und Nachteile alle gleich ausgehen. Es handelt sich bei dieser Option in gewissem Sinne also tatsächlich um die fairste Möglichkeit.

Um diese These abzuwehren, könnte Lübbe ungefähr folgendermaßen argumentieren: Die Entscheidung, alle sterben zu lassen, räumt allen Betroffenen eine Überlebenschance von null

21 Ebd.

22 Broome 1998, S. 956: „Saving no one would be the fairest thing to do (...)“

23 Wie zuvor schon erwähnt, lehnt Lübbe jegliche Bedeutung des Konzepts der Ergebnisgleichheit ab. Wir möchten uns der Auffassung in dieser Absolutheit nicht anschließen. Siehe den Gummibärchenfall, der weiter unten besprochen wird.

Prozent ein. Es ist jedoch ebenso möglich, allen Betroffenen eine gleiche Chance von 50 Prozent einzuräumen, ohne dass dadurch irgendjemandem Nachteile entstehen. Allen Betroffenen eine Überlebenschance von 50 Prozent statt von null Prozent zu geben, ist offensichtlich eine (große) Pareto-Verbesserung. Und Pareto-Verbesserungen sind ihres Erachtens grundsätzlich wünschenswert.

Allerdings, so würden wir gemäß unserer Argumentation in Abschnitt 2 insistieren, kann der moralische Vorzugswert von Pareto-Verbesserungen – *contra* Lübbe – nur an deren relativem Zuwachs an personenrelativem Nutzen hängen. Darüber hinaus ist klar, dass in Konfliktfällen auch die starke Vorordnung der Vergabe von maximal hohen gleichen Chancen zu negativen Effekten in den nachgeordneten Bereichen führt. Im David-Fall zeigt sich das dadurch, dass mittels Vergabe von Chancengleichheit die Anzahl der möglichen Rettungen statistisch gesehen verkleinert wird. Falls es sich bei den mit David konkurrierenden fünf Personen um eine noch größere Gruppe handeln würde, wäre der Effekt noch offensichtlicher: Die Vergabe von Chancengleichheit könnte dann bedeuten, dass man das Sterben von Tausenden riskieren müsste.

Im Bezug auf unsere Auffassung, dass es weiterhin fraglich ist, ob in klassischen Konfliktfällen wie dem David-Fall eine bestimmte Form von Chancengleichheit wirklich gewichtiger sein darf als Nutzenmaximierung, sehen wir übrigens auch das deutsche Recht auf unserer Seite. Das deutsche Recht würde in David-Fällen lediglich von uns verlangen, irgendjemandem zu helfen. Es stellt uns also frei, ob wir in solchen Fällen dem Prinzip der Maximierung des Guten oder dem Prinzip der Chancengleichheit folgen wollen. Sogar die Entscheidung, ohne Zubilligung von Chancengleichheit einfach nur David zu helfen – also weder Chancengleichheit zu gewähren noch das Gute zu maximieren – steht uns frei. Lediglich die Entscheidung, gar niemandem zu helfen, würde eine Verurteilung wegen unterlassener Hilfeleistung nach sich ziehen. Eine Vorordnung irgendeiner Form von Chancengleichheit in solchen Fällen gibt es im deutschen Recht also nicht.

Wie eine allzu enge Fokussierung auf maximal hohe gleiche Chancen in Konfliktfällen zu Absenkungen in anderen Bereichen führen kann, zeigen insbesondere auch Konfliktfälle, die etwas komplexer sind als der klassische David-Fall. Führen wir uns dazu einmal vor Augen, dass Lebensrettungen gerade im Gesundheitswesen in der Regel nicht nur als Alles-oder-nichts-Situationen zu verstehen sind, sondern durchaus quantifizierbar sind: In einem Fall mag eine Lebensrettung zu einer weiteren Lebenszeit von mehreren Jahren führen, in einer anderen zu einem Weiterleben von nur wenigen Monaten. Häufig können Ärzte diese zu erwartenden weiteren Lebenserwartungen sogar grob einschätzen. Nehmen wir also einen realistischen Fall, in dem solche Einschätzungen vorliegen:

David leidet an multiplem Organversagen und hat – falls er zwei Spenderorgane bekommen kann, eine weitere Lebenserwartung von zwei bis drei Tagen. Helga und Maximilian benötigen jeweils ein Spenderorgan, um jeweils weitere fünf Jahre überleben zu können. Nun stehen zwei Spenderorgane zur Verfügung, die allen drei Patienten die ersehnte Lebensverlängerung bieten würden. Alle anderen potentiell relevanten Eigenschaften sind bei allen drei Betroffenen gleich.

Falls wir in diesem Fall das Prinzip der Chancengleichheit durch Münzwurf anwenden, generieren wir eine Absenkung des zu erwartenden Nutzens der beiden Spenderorgane, die sehr drastisch ausfallen kann. Weyma Lübbe macht zu solchen komplexeren Fällen, in denen nicht nur die Anzahl der potentiellen Nutznießer unterschiedlich ist, sondern auch die Größe des Nutzens, den die Betroffenen erzielen würden, keine Angaben, gesteht jedoch zu, dass auch

diese Fälle nach einer Antwort verlangen.<sup>24</sup> Spätestens in solchen Fällen erscheint es uns aber völlig unplausibel, Nutzenerwägungen *per se* keinerlei Rolle zuzusprechen. Natürlich sollten auch Fairness-Aspekte nicht unberücksichtigt bleiben. Um solche Fälle plausibel beantworten zu können, benötigt man eine Theorie über die Abwägung von individuellen Überlebenschancen und Nutzenmaximierung. Die Weigerung, eine solche Theorie vorzulegen oder zumindest zu akzeptieren, dass sie notwendig ist, bedeutet ansonsten, dass wir sogar trivialsten individuellen Lebensverlängerungen die gleiche Chance einräumen müssten wie dem längerfristigen Überleben jeglicher Anzahl weiterer Personen.

## 8 Fairness und Effizienz: Ausblicke

Aus den voran stehenden Überlegungen ergibt sich unserer Ansicht nach erstens, dass in allen Kontexten, in denen es um die Verteilung knapper Ressourcen geht, Effizienz *und* Fairness *prima facie* ethischen Wert haben. Zweitens zeigt sich, dass eine regelhafte<sup>25</sup> lexikalische Vorordnung des einen wie des anderen Verteilungskriteriums unplausibel ist: Die strikte Vorordnung von Effizienz ließe die Verpflichtung auf Fairness zu einem armseligen Lippenbekenntnis werden. Die regelhaft strikte Vorordnung von Fairness würde potentiell zu unbegrenzt hohen Nutzenverzicht führen können. Daher bleibt nur das mühselige Geschäft einer kontextsensitiven Kompatibilisierung beider Prinzipien.

Weyma Lübbes große Skepsis gegenüber allen Versuchen einer Kompatibilisierung von Fairness-Ansprüchen und Ergebnisnutzen ist ohne Frage scharfsinnig und gut begründet. Und doch scheint uns der Verzicht auf die moralische Auszeichnung von Handlungen, die signifikanten Nutzen für andere realisieren (intrapersonal, pareto-optimierend oder interpersonal-aggregiert-optimierend) unplausibel, unvollständig und vermutlich sogar inkonsistent. Dann aber bleiben Kompatibilisierungs-Anstrengungen die einzig gangbare Option. Ob diese Option kontextübergreifend systematisiert werden kann und ob, beziehungsweise wie, sie als „Hineinschreiben“ in die Handlungsergebnisse erfolgen kann, bleibt zu erörtern und auszuführen. Festzuhalten ist, dass diese Anstrengungen in unseren Augen alternativlos sind.

24 So schreibt Lübbe zum Beispiel in einem unveröffentlichten Harvard-Vortrag von 2009 über Fälle, in denen sowohl die Bedürfnisse, als auch die möglichen Nutzenzuwächse, als auch die Anzahl der Betroffenen variiert: „What, in all these cases, are the claims? The answer is: We do not know.“ In einer Reaktion auf Arbeiten von Michael Otsuka (Lübbe 2005b, S. 165) schreibt sie: „(...) how must a moral theory be shaped so that it is able to survive a somewhat richer diet of examples (preferably including real examples)?“ Doch ihre Antwort bleibt, angesichts der Komplexität dieser Aufgabe, bislang spekulativ („I speculate...“).

25 Wir wollen gerade nicht ausschließen, dass in konkreten Kontexten eine solche Vorordnung angemessen ist.

## Literatur

### Primärtexte

- Taurek, John (1977), „Should the Numbers Count?“, in: *Philosophy and Public Affairs* 6, 293–316.
- Lübbe, Weyma (2005a), „Das Problem der Gleichheit in der „Numbers“-Debatte“, in: O. Rauprich, G. Marckmann, J. Vollmann (Hg.): *Gleichheit und Gerechtigkeit in der modernen Medizin*, Paderborn, S. 105–125.
- Lübbe, Weyma (2005b), „Numbers Scepticism, Pairwise Comparison and Common-Sense Morality. Comment on Michael Otsuka“, in: O. Rauprich, G. Marckmann, J. Vollmann (Hg.): *Gleichheit und Gerechtigkeit in der modernen Medizin*, Paderborn, S. 159–165.
- Lübbe, Weyma (2008), „Taurek’s No Worse Claim“, in: *Philosophy and Public Affairs* 36, 69–85.
- Lübbe, Weyma (2009a), „Aggregation in Health Resource Allocation“, unveröffentlichter Vortrag, Konferenz „Ethical Issues in Prioritization of Health Resources“, 23.-24. April, Cambridge (Mass.).
- Lübbe, Weyma (2009b), „The Aggregation Argument in the Numbers Debate“, in: C. Fehige, C. Lumer, U. Wessels (Hg.): *Handeln mit Bedeutung und Handeln mit Gewalt. Philosophische Aufsätze für Georg Meggle*, Paderborn, S. 406–419.
- Lübbe, Weyma (2010a), „Measures of Benefit, Social Values and Claims: How can the Current Health Economic Evaluation Paradigms be Amended to Meet Fairness Objectives?“, unveröffentlichter Vortrag, Konferenz „Value & Valuation of Health Technologies: Developing a Swiss Consensus“, 6. November, Kartause Ittingen.
- Lübbe, Weyma (2010b), „Sollte sich das IQWiG auf indikationsübergreifende Kosten-Nutzen-Bewertungen mittels des QALY-Konzepts einlassen?“, in: *Deutsche Medizinische Wochenschrift* 135, 582–585.
- Lübbe, Weyma (2011), „Sondervotum“, in: *Nutzen und Kosten im Gesundheitswesen – Zur normativen Funktion ihrer Bewertung*, Stellungnahme, Deutscher Ethikrat Berlin (Hg.), S. 98–124.
- Klonschinski, Andrea und Weyma Lübbe (2011), „QUALYs und Gerechtigkeit: Ansätze und Probleme einer gesundheitsökonomischen Lösung der Fairnessproblematik“, in: *Gesundheitswesen* 73, 688–695.

### Weitere Literatur

- Birnbacher, Dieter (1988), *Verantwortung für zukünftige Generationen*, Stuttgart.
- Brink, David (1993), „The Separateness of Persons, Distributive Norms, and Moral Theory“, in: R. Frey, C. Morris (Hg.), *Value, Welfare and Morality*, Cambridge, S. 252–289.
- Broome, John (1998), „Kamm on Fairness“, in: *Philosophy and Phenomenological Research* 58, 955–961.

- Dufner, Annette (2010), *The Normative Implications of Personal Identity Theory*, Kap. „How Separateness Might Support Deontological Side Constraints“, S. 144–163, Diss. Univ. of Toronto.
- Kamm, Frances (1993), *Morality, Mortality, Vol. I Death and Whom to Save From It*, Oxford.
- Kamm, Frances (2005) „Aggregation and Two Moral Methods“, in: *Utilitas* 17, 1–23.
- Norcross, Alastair (2008), „Two Dogmas of Deontology: Aggregation, Rights, and the Separateness of Persons“, in: *Social Philosophy and Policy*, 76–95.
- Otsuka, Michael (2006), „Saving Lives, Moral Theory, and the Claims of Individuals“, in: *Philosophy and Public Affairs* 34: 2, 109–135.
- Parfit, Derek (1997), „Equality and Priority“, in: *Ratio* 3, 202–221.
- Parfit, Derek (1978), „Innumerate Ethics“, in: *Philosophy and Public Affairs*, 7, 285–301.
- Schöne-Seifert, Bettina (2008), „Bioethik mit oder ohne Theorie?“ In: Beckermann, A./ Tetens, H./ Walter, S. (Hg.): *Philosophie: Grundlagen und Anwendungen. Hauptvorträge und ausgewählte Kolloquiumsbeiträge zu GAP:6*, Paderborn, S. 67–98.
- Sidgwick, Henry (1981), *The Methods of Ethics*, seventh (1907) edition, Indianapolis.
- Temkin, Larry (2000), „Equality, Priority, and the Levelling Down Objection“, in: M. Clayton und A. Williams (Hg.), *The Ideal of Equality*, Macmillan, S. 126–161.
- Timmermann, Jens (2004), „The Individualist Lottery. How People Count but not their Numbers“, in: *Analysis*, 106–112.